

Mehrwertsteuer könnte 2,5 % niedriger sein

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 27.3.2004

Welche Maßnahme würden Sie wählen, wenn Sie Politiker wären? Maßnahme 1 bringt mehr Geld für den Staat, bittet alle Bürger zur Kasse und würgt die Konjunktur ab. Maßnahme 2 bringt auch mehr Geld, schadet jedoch vor allem kriminellen Betrügern. Sie würden Maßnahme 2 wählen – natürlich.

Aber so rational ist Politik nicht. Von der Politik wird immer wieder nur Maßnahme 1 gefordert. Gemeint ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Sie wäre gerade in der derzeitigen Konjunkturlage schädlich. Denn dadurch würden alle Konsumgüter teurer, so dass die ohnehin geringe Nachfrage noch weiter nachließe. Dies würde die wirtschaftliche Erholung massiv gefährden.

Maßnahme 2 ist eine Reform der Mehrwertsteuer, die den Mehrwertsteuerbetrug unterbindet. Die Politiker verbummeln sie seit Jahren. So können professionelle Kriminelle den Fiskus auf Kosten der Allgemeinheit jedes Jahr um schätzungsweise 18 Milliarden Euro betrügen.

Dies ist ein Skandal. Man muss sich einmal die Größenordnung klarmachen: Die Mehrwertsteuer könnte um etwa 2,5 Prozentpunkte niedriger sein, wenn dieser Betrug erfolgreich bekämpft würde. 13,5 statt 16 Prozent – das würden wir alle in unseren Geldbeuteln deutlich spüren, eine vierköpfige Familie im Jahr mit etwa 900 Euro. Doch die Politik geht diese Reform nicht an. Warum nicht?

Ein Hauptgrund liegt – mal wieder – in der föderalen Ordnung Europas. Das Mehrwertsteuerrecht ist weitgehend europäisches Recht. Es kann nur verändert werden, wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen.

Wenn ein in Deutschland hergestelltes Produkt auch hier verkauft wird, erhält der Staat die vom Konsumenten gezahlte Mehrwertsteuer in voller Höhe. Da der Wert des Produktes in Deutschland geschaffen wurde, ist dies sachgerecht. Auf Exporte fällt dagegen keine Mehrwertsteuer an. Auf den in Deutschland geschaffenen Exportwert erhält Deutschland also keine Mehrwertsteuer.

Das Importland, zum Beispiel Portugal, erhebt aber später auf die Importware Mehrwertsteuer in vollem Umfang: Es kassiert Mehrwertsteuer nicht nur auf in Portugal geschaffenen Mehrwert, sondern auch für den Wert, der in Deutschland geschaffen wurde. Erstens ist diese Regelung, die ja auch dem Begriff „Mehrwertsteuer“ widerspricht, nicht sachgerecht. Sachgerecht wäre es, die Mehrwertsteuer auf die Länder entsprechend ihren Anteilen an der Wertschöpfung aufzuteilen: Wo Mehrwert geschaffen wird, fällt auch Mehrwert-Steuer in anteiliger Höhe an.

Zweitens ermöglicht das heutige System in großem Stil den Steuerbetrug. Denn professionelle Kriminelle nutzen die Mehrwertsteuerbefreiung der Exporte, indem sie Güter auf dem Papier hin- und her-exportieren und fingierte Rechnungen ausstellen. Ein Großteil des Mehrwertsteuerbetrugs fällt daher heute im grenzüberschreitenden Warenhandel an. 1997 plante die EU die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung von Exporten. Das Vorhaben ist gescheitert, weil nicht alle Staaten mitgespielt haben.

Kein Wunder: Solange Exporte mehrwertsteuerfrei sind, entgehen denjenigen Staaten Steuereinnahmen, die mehr exportieren als importieren, z.B. Deutschland. Diejenigen Staaten, die mehr importieren als exportieren, verdienen an dem System, ohne dass eine Leistung dahinter steht. Die Reform hätte dazu geführt, dass das Steueraufkommen neu aufgeteilt worden wäre. Länder wie Deutschland hätten profitiert; Länder wie Portugal wären die Verlierer der Reform gewesen und haben sie daher verhindert.

Einzigster Ausweg: In der anstehenden europäischen Verfassung sollte geregelt sein, dass in der EU über das Mehrwertsteuersystem (nicht über die Steuersätze!) mehrheitlich entschieden wird. Aber auch dies haben die Nutznießer der heutigen Regelung verhindert. So werden auch in Zukunft Betrüger munter fingierte Rechnungen ausstellen – zu Lasten aller ehrlichen Bürger.

Und statt diesen Skandal öffentlich anzuprangern, statt in der Öffentlichkeit Druck aufzubauen für eine Änderung der untragbaren Situation in der EU, liebäugeln wieder einige Politiker auf Kosten der ehrlichen Bürger mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer – die den Betrügern sogar noch mehr Geld in die Taschen spülen würde.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik